PRESSEMITTEILUNG

BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Spitzentreffen von Horst Seehofer mit Oberbürgermeistern

SCHUTZ DER GESUNDHEIT VON BÜRGERN MUSS WICHTIGER SEIN ALS SCHUTZ DER KONZERNE

Mit Atemschutzmasken und Patientenleibchen protestieren BUND Naturschutz Aktive heute vor der Staatskanzlei. Sie machen auf die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Luftschadstoffs Stickstoffdioxid aufmerksam und fordern Sofortmaßnahmen für bessere Luft in Bayerns Städten. Anlass für den Protest ist ein Spitzentreffen von Ministerpräsident Seehofer mit den Oberbürgermeistern der betroffenen Städte: München, Augsburg, Regensburg, Nürnberg, Würzburg und Ingolstadt. Diesem folgt am Nachmittag ein Gespräch mit Vertretern der bayerischen Wirtschaft. Angesetzt wurden die Gespräche, da Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter wegen der dauerhaften Grenzwertüberschreitung mit Stickstoffdioxid zum Schutz der Gesundheit Fahrverbote für Dieselfahrzeuge angedacht hat. Dieses letzte Mittel könnte notwendig werden, da Bundespolitik und Hersteller auch zwei Jahre nach Bekanntwerden des Diesel-Abgasskandals keine Maßnahmen zur Reduzierung der NO_2-Belastung realisiert haben. Jetzt sind Landesregierung und Kommunen gefordert den Druck auf Hersteller und Bundesregierung zu erhöhen um zu zeigen, dass zumindest ihnen der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger wichtiger ist, als der Schutz der Konzerne.

„Dass sich Ministerpräsident Seehofer mit den Bürgermeistern zusammensetzt ist ein wichtiges Signal an die Bürger der Großstädte Bayerns. Jetzt müssen Staatsregierung und Kommunen dafür sorgen, dass die Hersteller die tatsächlichen Grenzwerte einhalten und die Belastungen sinken. Scheinlösungen wie die aktuell diskutierten Software-Updates werden die Belastung nicht ausreichend senken und scheinen als Hauptzweck die Vermeidung von Fahrverboten zu haben. Der Schutz der Menschen muss endlich Vorrang vor kurzfristigen Konzerninteressen haben. Der Verstoß gegen Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Gesundheit durch Autoindustrie und Zulassungsbehörden darf von Alexander Dobrindt, Horst Seehofer und den Bürgermeistern nicht länger geduldet werden.“ so Richard Mergner, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz.

„Statt den Kommunen jetzt allein den schwarzen Peter zuzuschieben, muss Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt endlich wirksame Maßnahmen auf Bundesebene ergreifen,“ ergänzt BUND Verkehrsexperte Jens Hilgenberg. Neben einem Verkaufsstopp aller Diesel-Neuwagen, die Ihre gesetzlichen Stickoxid-Grenzwerte nicht auch im Betrieb auf der Straße einhalten, sei dies vor allem auch die Einführung

Kreisgruppe München und Fachabteilung

Pettenkoferstr. 10a

80336 München

Tel. 089/54 82 98 63

Fax 089/54 82 98 18

fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 13. Juli 2017
PM 18/17/FA

Diesel

Luftreinhaltung

Stickoxide

Verkehr

der Blauen Umweltplakette. ***„Egal ob Blaue Plakette oder generelles Fahrverbot, eines muss ganz klar sein: für eine wirksame Nachrüstung der Diesel-Pkw zur tatsächlichen Senkung der Stickoxidwerte müssen die Hersteller sowohl Verantwortung als auch Kosten tragen.“***

Christian Hierneis, Vorsitzender Kreisgruppe München kommentiert: ***„Solange Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt eine bundeseinheitliche Lösung blockiert, muss die Stadt München selbst Maßnahmen ergreifen, um die Belastungen zu reduzieren. Hierzu bedarf es aller denkbaren Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs und damit der Emissionen. Die immer noch autofreundliche Mobiliätspolitik der Landeshauptstadt muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden, denn die Zukunft der Mobilität in München findet sich nicht unter der Motorhaube, sondern im öffentlichen Nahverkehr, auf dem Fahrrad und dem Fußweg.“***

Für Rückfragen:
Jens Hilgenberg, BUND Verkehrsexperte: 015156313302
Richard Mergner, Landesbeauftragter: 01716394370
Christian Hierneis, Kreisvorsitzender München: 01785372048

Hintergrund:
Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid werden in bayerischen Städten oftmals nicht eingehalten, besonders an der Messstation Landshuter Allee sind die Jahresmittelwerte doppelt so hoch wie gesetzlich erlaubt. Damit belegt München den zweiten Platz in der Bundesrepublik. Der BUND Naturschutz fordert die sofortige Aktualisierung des Luftreinhalteplans im Zuge der Veröffentlichung der neuen Zahlen des Umweltbundesamtes. Darüber hinaus muss Alexander Dobrindt einen sofortigen Verkaufsstopp für neue Euro-6-Dieselautos aussprechen, wenn sie im Realbetrieb auf der Straße den gesetzlichen Stickoxidgrenzwert von maximal 80 Milligramm pro Kilometer nicht einhalten. Außerdem müssen die Hersteller dafür sorgen, dass bereits verkaufte Fahrzeuge wirksam nachgebessert werden, denn Software-Updates allein reichen nicht aus. Weitere dringend erforderliche Maßnahmen sind die Abschaffung des Steuervorteils für Dieselkraftstoff und die Einführung einer Blauen Plakette für Fahrzeuge, die in sämtlichen Betriebszuständen den gesetzlichen Anforderungen zur Luftreinhaltung genügen.

Kreisgruppe München und Fachabteilung
Pettenkoferstr. 10a
80336 München
Tel. 089/54 82 98 63
Fax 089/54 82 98 18
fa@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

München, 13. Juli 2017
PM 18/17/FA
Diesel
Luftreinhaltung
Stickoxide
Verkehr